

Protest in der Nordsee wird für Greenpeace teuer



Die Umweltorganisation **Greenpeace** hat ihre umstrittene Aktion vor Sylt gestern fortgesetzt und weitere Felsbrocken im Meer versenkt. Mit den tonnenschweren Steinen soll das Außenriff westlich der Insel geschützt und Schleppnetzfischerei dort verhindert werden. In der vergangenen Woche hatte ein Greenpeace-Schiff bereits eine Ladung Steine versenkt. Obwohl die Behörden Greenpeace bereits ein Ordnungsgeld von 50 000 € angedroht haben, halten die Umweltschützer an ihrem Vorhaben fest. „Die Artenvielfalt in der Nordsee ist es uns wert“, sagte Iris Menn, Meeresspezialistin bei Greenpeace. Insgesamt habe die Organisation 500 000 € in die nach eigenen Angaben „bisher aufwendigste Greenpeace-Kampagne zum Schutz der Meere“ investiert. Greenpeace forderte Bundesumweltminister Sigmund Gabriel (SPD) auf, die Fischerei in dem Schutzgebiet komplett zu verbieten und auch den Abbau von Sand und Kies zu stoppen. Als positives Beispiel führt Greenpeace die Adria an. Zehn Jahre nach der Einführung eines Schutzgebiets sei dort an dessen Grenzen viermal so viel Fisch gefangen worden wie zuvor. DPA

Pflegeverband begrüßt Einsatz von Arbeitslosen

Der Deutsche Pflegeverband (DPV) hat die Pläne der Bundesregierung begrüßt, Langzeitarbeitslose für die Betreuung Demenzerkrankter in Pflegeheimen einzusetzen. „Grundsätzlich gibt es auch unter Arbeitslosen Menschen mit sozialer Kompetenz und sozialer Intelligenz“, sagte gestern DPV-Geschäftsführer Rolf Höfert. Voraussetzung sei aber, dass die Arbeitslosen Interesse an diesem Job hätten und dazu nicht gezwungen würden. Das Bundesgesundheitsministerium hatte am Wochenende erklärt, dass Arbeitslose nach einer Fortbildung zusätzlich zu den regulären Fachkräften eingesetzt werden sollen. Nach Einschätzung von Höfert reichen 160 Stunden nicht als Qualifizierung für die Tätigkeit der Pflegeassistenten aus. Der DPV ist nach eigenen Angaben der drittgrößte Pflegefachverband in Deutschland. DPA

Familienunternehmen gegen AGG-Ausdehnung

Der Präsident des Verbands der Familienunternehmen (ASU), Patrick Adenauer, hält die Antidiskriminierungsgesetzgebung in Deutschland für schädlich. „Sie schadet genau den Arbeitnehmern, die man begünstigen wollte“, sagte Adenauer der FT. Nicht nur die direkten bürokratischen Kosten belasten Adenauer zufolge die Wirtschaft. Für die Familienunternehmen, die das Ziel, Diskriminierungen zu bekämpfen, anerkennen, seien die indirekten Nebenwirkungen der sprinnde Punkt. So würde etwa ein Unternehmer einem abgewiesenen Bewerber keinerlei Auskünfte mehr über die Gründe der Ablehnung geben können – um keinen Klagegrund zu liefern. Auch nach zwei Jahren der „Um-erziehung“ durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sei der Gesetzgeber kein bisschen schlauer geworden. „Mit der fünften Antidiskriminierungsrichtlinie hat die EU-Kommission kürzlich einen weiteren Anlauf gestartet, die Antidiskriminierungsphilosophie nun über den Bereich des Arbeitsmarkts hinaus auf weitere Bereiche auszuweiten.“ FTD

UN kritisiert deutsche Einbürgerungspraxis

UN-Experten haben das Einbürgerungsverfahren für Ausländer in Deutschland kritisiert. Die Fragebögen, die Einbürgerungswillige in manchen Bundesländern beantworten müssten, seien teilweise diskriminierend, heißt es im Länderbericht, den das UN-Komitee zur Beseitigung von Rassismus vorlegte. In Deutschland geborenen Menschen müsse der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erleichtert werden. DPA

In Deutschland ist Wasser am teuersten

Preise in der Bundesrepublik fast viermal höher als in den USA · Quersubventionen der Kommunen treiben Gebühren

VON JULIAN HEISSLER UND KATHARINA SCHNEIDER, BERLIN

Wasser für gewerbliche Nutzung ist nirgendwo so teuer wie in Deutschland. Das geht aus einer Studie der internationalen Beraterfirma NUS Consulting hervor. Demnach kostet der Kubikmeter Wasser in Deutschland mit 1,91 € knapp viermal so viel wie in den USA (0,47 €).

Einer der Hauptgründe für den hohen Preis ist laut Studie, dass die Wasserpreise in Deutschland von den Kommunen festgelegt werden. Diese würden die Preise tendenziell höher ansetzen als nötig, um mit den so entstehenden Mehreinnahmen andere öffentliche Aufgaben wie beispielsweise den öffentlichen Personennahverkehr quersubventionieren. So sollen Steuererhöhungen vermieden werden.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) bestätigte

diese Praxis, bezeichnete die Kritik daran allerdings als „in dieser Schärfe falsch“. Zwar träfe es zu, dass über den Wasserpreis Geld zusammen komme, das für öffentliche Aufgaben verwendet werde. Dies sei aber „politisch und von den Menschen so gewollt“, sagte ein Sprecher des DStGB: „Leistungen wie der öffentliche Nahverkehr oder Theatervorstellungen müssen auch ohne Gewinnerwartung erhalten bleiben. Dazu sind Subventionen nötig.“ Allerdings sei der Anteil am Wasserpreis, der umverteilt würde, äußerst gering. „Der Vorwurf, die Gemeinden würden mit gezinkten Karten spielen, ist falsch“, sagte er.

Einer Liberalisierung der Wasserversorgung, die ebenfalls in der neuen Studie angesprochen wird, erteilte der DStGB eine Absage: „Die Wasserversorgung ist eine öffentliche Aufgabe. Eine Liberalisierung würde dem Verbraucher

nichts bringen“, sagte der Sprecher des DStGB.

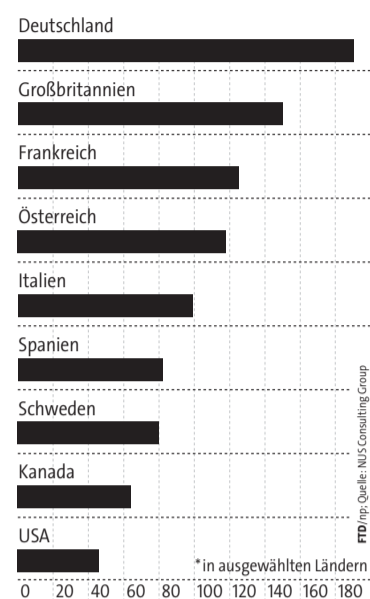
Ähnlich äußern sich Verbraucherschützer: „Dass die Wasserversorger ihre Einnahmen in kommunale Projekte investieren, ist nicht das Schlimmste, was passieren kann“, sagte Otmar Lell, Wasserexperte des Bundesverbands der Verbraucherzentralen.

Ähnlich wie der DStGB haben sich auch die Verbraucherschützer eher gegen eine Privatisierung ausgesprochen. In diesem Fall würden die Gewinne schließlich bei Konzernen landen und nicht für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen. Ein Kompromiss könnte sein, die Wasserversorgung zeitlich begrenzt an wechselnde private Anbieter abzugeben. So könne ein privates Monopol verhindert werden.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) sieht keine Möglichkeit für eine Privatisierung der Wasserversorgung: „Die Leitungs-

Teure Tropfen

Wasserpreise* in Cent pro Kubikmeter



netze schließen Wettbewerb aus“, sagte IW-Experte Hubertus Bardt. Dass die deutschen Wasserpreise höher seien, hänge auch damit zusammen, dass Wasser in vielen anderen Ländern staatlich subventioniert wird. Einen spürbaren Nachteil für die deutsche Wirtschaft sieht Bardt allerdings nicht: „Wasser ist kein großer Kostenfaktor“, sagte er. Außerdem sei der deutsche Wasserpreis im internationalen Vergleich stabil. Das sei ein Vorteil.

Zu diesem Ergebnis kommt auch die Studie: In den vergangenen fünf Jahren ist der Wasserpreis in Deutschland lediglich um 4,4 Prozent gestiegen. In Australien stieg er im gleichen Zeitraum um 86,4 Prozent auf jetzt 1,06 € pro Kubikmeter. Laut Studie werden die Preise in Deutschland auch weiter stabil bleiben.

[WWW.FTD.DE/WASSER](http://www.ftd.de/wasser)
Haushaltsplanung der Gemeinden



Gemeinsam stark: In der Grundschule am Sandberg lernen die Fünf- bis Siebenjährigen voneinander. Lehrerin Jutta Böttcher hilft nur noch im Notfall

FTD-SERIE BILDUNGSBAUSTELLE DEUTSCHLAND TEIL 2: GRUNDSCHULE

Nachhilfe von den Kleinen

Frontalunterricht ist selten geworden. Die Kinder lernen heute nach individuellen Lernplänen in altersgemischten Klassen. Keine Schulform hat sich so sehr modernisiert wie die Grundschule

VON ANTONIA GÖTSCH, LÜNEBURG

Mit lautem Gepolter schiebt Jonathan seinen Stuhl zurück und flitzt aus dem Raum. „Das macht der immer“, sagt Michael und greift – ohne sich groß ablenken zu lassen – wieder zu seinem Buch. „Der ist aber auch erst fünf“, sagt Michael, „ich bin schon sieben.“

In der Eingangsstufe der Grundschule am Sandberg in Lüneburg lernen Kinder der ersten und zweiten Klasse zusammen. Sie teilen sich ein Klassenzimmer, doch jedes Kind arbeitet in seinem eigenen Tempo und an einer anderen Aufgabe. Stella, sieben, übt Schreibschrift. Amrei, acht Jahre alt, rechnet. Draußen auf dem Flur beschäftigt sich eine Gruppe mit Montessori-Spielzeug. Die Kinder zählen, wie viele Kanten Kugeln, Würfel und Pyramiden haben.

Die Lüneburger Grundschule ist weder privat noch ein Modellversuch. Es ist eine ganz normale Schule mit 88 Kindern und fünf

Lehrern. „Vor sechs Jahren habe ich gehört, dass man für viele Reformen keine Sondergenehmigung mehr vom Ministerium braucht“, sagt Rektorin Jutta Böttcher. „Da habe ich mit einer Kollegin Fortbildungen besucht, und wir haben begonnen, alles umzubauen.“

Keine Schulform in Deutschland ist so modern wie die Grundschule: Individuelles Lernen, jahrgangsübergreifender Unterricht, rhythmisiertes Alltag – all das, was Erziehungswissenschaftler seit Langem fordern, ist für viele Kinder zwischen fünf und zehn Jahren schon Normalität. Frontalunterricht gibt es oft nicht mehr – dafür individuelle Arbeitspläne. Der Alltag wechselt zwischen Lernen und Entspannung – auch in Lüneburg. In den ersten zwei Stunden bearbeitet jeder Schüler seinen jeweiligen Lernplan. Um 9.30 Uhr folgen die Frühstückspause und Spielen auf dem Hof, anschließend treffen sich alle Kinder im großen Sitzkreis und hören eine Geschichte.

Bücher werden nicht mehr im Gleichschritt durchgearbeitet, jedes Kind schreibt seine eigene Fibel. „Oskar will Stäpchen“, steht in einer – ohne roten Krinkel unter dem „P“. „Rechtschreibung wird bei uns separat gelernt und nur in Diktaten korrigiert“, erklärt Böttcher. „Sonst verlieren die Schüler die Lust am Lesen und Schreiben.“

Grundschulpädagogen nutzen eine Vielzahl von Lernmethoden, von denen ihre Kollegen in den Se-

kundarstufen oft noch nicht einmal gehört haben. „Die Grundschule ist die modernste Schulform Deutschlands“, sagt der Schulforscher Wilfried Bos.

Bei dem internationalen Grundschullestest Iglu liegen die deutschen Viertklässler im oberen Viertel, in den vergangenen Jahren haben sie kontinuierlich aufgeholt. Bos erklärt das mit der höheren Verantwortung jedes einzelnen Pädagogen für seine Schüler. „Die Lehrer können Kinder, die nicht mitkommen, ja nicht einfach an eine andere Schulform abgeben.“ Daher gingen sie stärker auf individuelle Bedürfnisse ein. „Grundschullehrer unterrichten Kinder, Gymnasiallehrer ein Fach“, sagt Bos.

Sitzen bleiben gibt es am Sandberg nicht. Wenn ein Kind langsamer lernt, bleibt es ein Jahr länger in der Eingangsstufe und kennt dann wenigstens schon die Hälfte der Gruppe. Die Eltern waren zunächst skeptisch, als Schulleiterin Böttcher die erste und zweite Klasse zusammenlegte. „Sie hatten Angst, dass ihr Kind dann schlechtere Leistungen bringt“, erinnert sich Böttcher. Nun machen die Familien Druck, dass möglichst bald auch die dritte und vierte Klasse verschmelzen. „Es zeigt sich, dass

unsere Schüler jetzt viel erfolgreicher sind“, sagt Böttcher. Im vergangenen Jahr bekamen 17 von 24 Kindern eine Gymnasialempfehlung. Bisher ist noch niemand wieder zurückgestuft worden.

Jeden Freitag setzt sich Böttcher drei Stunden in ihr Büro und guckt sich die Arbeitshefte ihrer Schüler an. „Natürlich macht die individuelle Betreuung Arbeit.“ Dafür unterrichtete sie nun viel lieber, müsse nicht mehr so viel schreiben, sei eher „Moderatorin“. Bei kleinen Problemen helfen sich die Schüler, die an Tischgruppen zusammensitzen, untereinander. Erst wenn keiner weiter weiß, hilft die Lehrerin. „Die Kinder geben gerne weiter, was sie schon können“, sagt Böttcher.

So warten die Jüngsten in der Eingangsstufe seit Wochen auf den 1. September. Dann ist Einschulung, und sie werden Paten. „Ich werde meinem Kleinen alle Buchstaben zeigen“, sagt die siebenjährige Stella eifrig. „Und Zahlen. Und den schönsten Platz auf dem Pausenhof.“

MORGEN LESEN SIE:
Wie Taekwondo gegen Schulabbruch hilft

[WWW.FTD.DE/LERNREPUBLIK](http://www.ftd.de/lernrepublik)
Bildungsbaustelle Deutschland

Union soll Kündigungsschutz aufweichen

CDU-Wirtschaftsflügel will Wahlprogramm 2009 prägen

VON CLAUDIA KADE, BERLIN

Die CDU soll nach dem Willen des Wirtschaftsflügels im Bundestagswahlkampf 2009 auf eine Lockerung des Kündigungsschutzes setzen. „Wir fordern eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes verknüpft mit vertraglich vereinbarten Abfindungsregelungen“, sagte der Präsident des CDU-Wirtschaftsrats, Kurt Lauk, der FT. Zugleich wandte er sich mit einem umfassenden Forderungskatalog an CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, der die wirtschaftspolitischen Leitlinien des Wahlprogramms in den nächsten Monaten festlegen will. Dabei will Pofalla sich auch mit dem Wirtschaftsrat und dem konkurrierenden Sozialflügel in der Union abstimmen.

Die wirtschaftspolitischen Eckpunkte der Wahlkampagne 2009 sollen schon im November stehen und auf dem Parteitag Anfang Dezember beschlossen werden. So will die CDU-Führung um Parteichefin Angela Merkel den seit Monaten andauernden Streit in der Union über baldige Steuerentlastungen für die Mittelschicht entschärfen. Das Delegiertentreffen in Stuttgart soll nicht von inhaltlichen Kontroversen überschattet werden, sondern einen harmonischen Auftakt in das Wahljahr liefern. Im Mittelpunkt soll Merkels Wiederwahl als CDU-Vorsitzende stehen.

Die von Lauk verlangte Lockerung des Kündigungsschutzes gehörte bereits im Bundestagswahlkampf 2005 zu den Kernforderungen der Union. Sie erhoffte sich davon die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Angesichts unsicherer Aussichten für Konjunktur und Arbeitsmarkt handelte sich die CDU mit dieser Strategie allerdings ein enttäuschendes Wahlergebnis und den Vorwurf der sozialen Kälte ein. Lauk dürfte mit seinem Plädoyer für eine Neuaufgabe deshalb auf erheblichen Widerspruch in den eigenen Reihen stoßen. Denn nach Meinung mehrerer Parteistrategen in Merkels Umfeld soll die Kampagne 2009 vor allem auf eine stärkere Teilhabe der Menschen an der Wirtschaftsentwicklung abzielen.

Lauk verlangte zudem eine kontinuierliche Absenkung der Lohnnebenkosten und eine Neuausrichtung der Energiepolitik. „Der Wirtschaftsrat setzt sich für Fonds der Energieanbieter ein, die große Teile ihrer Einnahmen aus der Kernenergie dort einzahlen. Die Mittel des Fonds sollen je zur Hälfte für die Energieforschung und zur Senkung der Strompreise für die Verbraucher verwendet werden.“ Zudem müsse eine grundlegende Reform des Schulsystems ins Wahlprogramm aufgenommen werden. Die Neuverschuldung müsse durch eine Schuldenbremse im Grundgesetz „auf Null gestellt werden“.